

AG Migration und Vielfalt

Andrea-Gabriela Krauss – AG Vertreterin
Triesdorfer Str. 21, 91522 Ansbach
E-Mail: integration@spd-kv-ansbach.de



An die SPD Fraktion im Kreistag
und den geschäftsführenden SPD Kreisvorstand

Ansbach, den 29.06.2015

Empfehlungen an die Fraktion zur Flüchtlings- und Integrationsarbeit im Landkreis Ansbach

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Genossinnen und Genossen,

die AG Migration und Vielfalt hat sich im Oktober 2014 mit dem Ziel gegründet, wichtige Themen und aktuelle Anforderungen in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit im Landkreis Ansbach aufzugreifen und die politische Arbeit unserer Partei mit ihrer Arbeit zu unterstützen. Die aktuelle Situation, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, beschäftigt viele Menschen in unserem Landkreis. Die Mitarbeiter des Landratsamts, die ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger, die Hilfsorganisationen, insb. das BRK, sowie die Hauptamtlichen in der Asylsozialarbeit und die Akteure der Integrationsarbeit, deren wertvolle Arbeit unsere höchste Anerkennung verdient hat. Auch Ihr habt euch im vergangenen Jahr sicher viele Gedanken über die zu bewältigenden Anforderungen - die es möglichst zum Wohle aller zu lösen gilt - gemacht.

Wir als AG Migration und Vielfalt haben uns nach intensiver Auseinandersetzung mit den nicht einfachen Fragestellungen befasst und einige richtungsweisende Ansatzpunkte für einen aus unserer Sicht vorausschauenden Umgang mit ankommenden Asylbewerbern und Flüchtlingen, und langfristig in unserem Landkreis lebenden Zuwanderern herausgearbeitet. Wir bitten Euch darum, unsere Vorschläge aufzugreifen, zu diskutieren und in den Kreistag einzubringen.

➤ Willkommenskultur

Erarbeitung eines Leitbilds für das Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Wo wollen wir hin? Wie gehen wir miteinander um? Wie heißen wir zugezogene Menschen willkommen? Sind sie willkommen?

Diese Fragen werden uns auch unabhängig von der momentanen Flüchtlingssituation sicher beschäftigen.

➤ Kommunale Anbindung der Integrationskonferenz im Landkreis Ansbach

Der ehemalige Aussiedlerbeirat im Landratsamt ist in den vergangenen Jahren unserem Wissen nach nicht aktiv in Erscheinung getreten. In den letzten fünf Jahren hat sich das Gremium, welches aus Akteuren der Integrations- und Bildungsarbeit (Wohlfahrtsverbände und private Anbieter), ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten größerer Gemeinden im Landkreis, als auch aus kommunalen Mitarbeitern bestand, wohl nicht mehr getroffen. Gleichzeitig arbeitet die Integrationskonferenz (bestehend aus hauptamtlichen Akteuren der Integrationsarbeit, Vertretern der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und der Ausländerbehörden, von Schulen) im Landkreis Ansbach seit 2009 aktiv ohne kommunale Anbindung an den wichtigen Fragestellungen im Bereich Migration und Integration. Angesichts der aktuellen Anforderungen durch Zuwanderung, ist es dringend erforderlich, die Aufmerksamkeit allen Zuwanderungsgruppen zu widmen und die **Integrationskonferenz kommunal anzubinden**. Darüber hinaus halten wir es aufgrund der Bedeutung dieses Gremiums für sinnvoll, wenn der Landrat persönlich die Schirmherrschaft dafür übernimmt.

➤ Anpassung und Differenzierung der angemessenen Kosten der Unterkunft

Knapper bezahlbarer Wohnraum ist eine generelle Problematik für alle Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen oder Leistungsbeziehern nach dem SGB II und XII in unserem Landkreis. Die **realistische Anpassung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Mietpreise in Städten und Dörfern mit und ohne bzw. wenig Verkehrsanbindung** halten wir in diesem Zusammenhang für erforderlich. Es ist uns bewusst, dass dies in unserem Landkreis keine einfache Aufgabe ist, aber eine Lösung ist notwendig.

Im Bereich Asyl und Migration stellt sich die Problematik wie folgt dar:

Mit der Anerkennung der Asylbewerber und der Erteilung Ihres Aufenthalts, müssen diese eine Wohnung suchen und umziehen. Dabei besteht das große Problem darin, geeigneten und angemessenen (Größe, Mietkosten) Wohnraum zu finden, der außerdem noch integrationsbegünstigende Rahmenbedingungen bietet (Mobilität, Sprachkursangebot, Arbeitsplätze, Anbindung ans Verkehrsnetz). Durch die Schwierigkeit der Wohnungssuche verzögert sich der Integrationsprozess in Sprachkurse und Arbeit und verlängert die finanzielle Bedürftigkeit von Sozialleistungen der anerkannten Asylbewerber und Flüchtlinge.

➤ Verbesserung der Kommunikationswege – eine Sache der Koordination

- Bei der Unterbringung von Flüchtlingen (Wer wird wann, wo untergebracht)
Frage: Werden die Gemeinden im Vorhinein informiert? Wenn nein, welche Gründe stehen dem entgegen? Gibt es Lösungsmöglichkeiten?
- Zuverlässige Weiterleitung der Unterbringungsdaten an die Asylsozialberatungsstellen. Wie lässt sich dieser Prozess optimieren? Welche Schwierigkeiten treten dabei auf?
- Allgemeine Weitergabe von Informationen über Bedarfe und Angebote an Gemeinden und Helfer
- Dolmetscher (Aufbau eines Dolmetscherpools und Pflege der Daten – Aktualisierung)
- Mehrsprachige Formulare und Anträge
- Keine Verwendung von GOOGLE Translate im Rahmen dienstlicher Tätigkeiten verbunden mit offiziellen schriftlichen Mitteilungen, Informationen und den Konsequenzen eines Verwaltungsaktes

- Information der zuständigen Integrationsfachdienste bei Anerkennung und Erteilung des Aufenthalts zur Initiierung und Unterstützung des Integrationsprozesses

➤ Was brauchen Ehrenamtliche?

Ehrenamtliche brauchen verlässliche Ansprechpartner. Die Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas haben bereits z. T. koordinierende Aufgaben übernommen. Dennoch bleiben unserer Ansicht nach übergeordnete Fragestellungen, die es bei der **Koordination von Ehrenamtlichen** zu klären gilt. Dabei ist zu erörtern, welchen Beitrag der Landkreis leisten kann, der über die Bezuschussung der Wohlfahrtsverbände in dieser Hinsicht hinaus geht. Auch die zeitlichen Ressourcen der Wohlfahrtsverbände sollen dabei berücksichtigt werden. U. a. sehen wir Bedarf in folgenden Bereichen:

- **Grundsicherheit** z. B. bei Fragen der Ehrenamtsversicherung oder bei benötigten Schutzimpfungen, Mehrkosten für Gebäudeversicherungen etc.
- **Handlungssicherheit** durch z. B. regelmäßige Schulungen mehrmals im Jahr zu verschiedenen wichtigen Themen in der Arbeit mit Flüchtlingen.
- **Konstante Ansprechpartner zur Sammlung und Weitergabe von wichtigen Informationen**
- **Vernetzung mit anderen Ehrenamtlichen und Fachdiensten** (Informationsveranstaltung für Ehrenamtlich im Landratsamt am 19.06.2015)

➤ Stadt-Land-Gefälle

Vieles, das in großen Städten und Ballungsgebieten kein Problem ist (Mobilität, Bildungsangebote, wirtschaftliche Infrastruktur), stellt ländliche Kreise wie unseren vor enorme Herausforderungen. Als Beispiel ist im Zusammenhang mit Migration und Integration das Angebot an staatlich geförderten Erstorientierungskursen (Deutschkurse) für Flüchtlinge im Ansbacher bFz zu nennen - Fahrtkosten werden nicht bezuschusst. Die Frage der Mobilität in unserem ländlichen Landkreis kann je nach Wohnort sehr große Auswirkungen auf die Dauer und den erfolgreichen Verlauf des Integrationsprozess (Sprache, Arbeit) haben. Wir sind daher der Meinung, dass ländliche Gebiete mehr Berücksichtigung bei der Ausarbeitung von Förderstrukturen im Asyl- und Integrationsbereich erfahren müssen. Wir fordern die Fraktion auf, die **Landtags- und Bundestagsabgeordneten** darauf zu **sensibilisieren**.

➤ Schlussfolgerungen

Wir als AG Migration und Vielfalt fordern die Kreistagsfraktion der SPD auf, untenstehende Forderungen in den Kreistag zu tragen und deren Verwirklichung voranzutreiben:

- 1. Wir fordern die Erarbeitung eines Leitbilds zur Willkommenskultur für den Landkreis**
- 2. Die kommunale Anbindung der Integrationskonferenz im Landkreis Ansbach unter der Schirmherrschaft des Landrats**
- 3. Die Anpassung und Differenzierung der angemessenen Kosten der Unterkunft zur Berechnung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung für Empfänger von Sozialleistungen**

4. Die Verbesserung der Kommunikationswege durch bessere Koordination

5. Die Schaffung der Stelle eines hauptamtlichen Willkommens- und Integrationsbeauftragten im Landratsamt

Bei all den dringenden Fragen, die die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern mit sich bringen, dürfen wir Eines nicht vergessen: auch die Integrationsarbeit hat ihre berechnete Relevanz. Dabei dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass die nachholende Integration langwieriger, schwieriger und teurer sein wird. Wir hoffen mit unseren Empfehlungen einen sinnvollen Beitrag zur Verbesserung der Flüchtlings- und Integrationsarbeit in unserem Landkreis beitragen zu können.

Solidarische Grüße

Die AG Migration und Vielfalt der SPD